

Kurzanalyse

Entwurf Nationale Wasserstoffstrategie

Bedeutung von Wasserstoff für die Energiewende

- Neben Technologien wie Elektroautos und Wärmepumpen, die Strom direkt effizient nutzen, werden Wasserstoff und synthetische Brenn- und Kraftstoffe bei der Energiewende unverzichtbar. Grundsätzlich eignet sich Wasserstoff direkt als Energieträger, als Ausgangsstoff für treibhausgasneutrale Anwendungen, als Verbindung der Sektoren Wärme, Mobilität, Strom und Industrie („Sektorenkopplung“) sowie als Medium für Speicherung und Transport. Für ein volkswirtschaftlich effizientes Energiesystem wird klimaneutraler Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen, gleichzeitig bleibt Technologieoffenheit bei der Sektorkopplung unabdingbar.
- Die Chancen des Wasserstoffs liegen darin, die Klimaschutzziele beim gleichzeitigen Erhalt der industriellen Wertschöpfung in Deutschland und der EU zu erreichen. Wasserstoff kann einen gewichtigen Beitrag zur Defossilisierung (und damit zum Erhalt) der energieintensiven Branchen in Deutschland und Europa sowie zum Erreichen der Klimaschutzziele im Wärmesektor leisten. Im Bereich nachhaltige Mobilität ist Wasserstoff eine dringend notwendige Ergänzung für die bestehenden Anstrengungen bei der E-Mobilität. Batteriebasierte E-Mobilität und die Wasserstofftechnologie stehen nicht im Widerspruch zu sondern ergänzen einander.
- Während das Potenzial zur Herstellung von Wasserstoff in Deutschland zwar beschränkt ist, besteht großes Potenzial in der Entwicklung von Wasserstoff zu einem globalen Handelsgut in einem neuen globalen Markt. Dies würde der deutschen Industrie neue Exportmöglichkeiten für Wasserstofftechnologien ermöglichen

Kurzbewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen

Im Fokus der Wasserstoffstrategie sollte nicht Ordnungsrecht mit Quoten und staatlichen Detailvorgaben für verschiedene Sektoren, sondern der Aufbau eines marktwirtschaftlichen Rahmens für eine integrierte Wasserstoffwirtschaft stehen. Grundvoraussetzung hierfür ist ein konsequenter Abbau der überzogenen staatlichen Abgaben und Umlagen beim Strompreis, die Weiterentwicklung und der Ausbau der bestehenden deutschen und europäischen Transport- und Verteilungsinfrastruktur und die Einführung einer technologieoffenen Wasserstoffdefinition (nicht nur ein Anpassung der bestehenden Definitionen von Gasen bzw. Biogasen, wie bisher diskutiert). Gleichzeitig darf die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung nicht nur national konzipiert werden, sondern muss eng mit dem Ansatz der Europäischen Kommission für eine europäische Wasserstoffwirtschaft im Rahmen der EU-Industriestrategie und des „Green Deal“ verknüpft werden.

Marktrahmen in den Mittelpunkt stellen

- Mit Blick auf die Klimaschutzziele, sollte Wasserstoff möglichst emissionsarm gewonnen werden. Klimaneutraler Wasserstoff kann in Deutschland in größerem Umfang als bislang hergestellt werden. Um dieses Potenzial zu nutzen, muss die Wettbewerbsfähigkeit von Wasserstoff verbessert werden. In diesem Kontext ist es zielführend, den Strom für die Herstellung von Wasserstoff von der EEG-Umlage bzw. den Netzentgelten zu entlasten und stattdessen das CO₂-Marktpreissignal in den Mittelpunkt zu rücken. Den Prüfauftrag in der Wasserstoffstrategie zur

Reform der staatlich induzierten Strompreisbestandteile, gilt es, durch konsequente Maßnahmenvorschläge zu konkretisieren.

- Das Festlegen von weiteren Quoten ist dagegen kritisch zu sehen, da dies zu Ineffizienz und Wettbewerbsverzerrungen führen kann.
- Die Umsetzung der Renewable Energy Directive II (RED II) sollte genutzt werden, um die Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff sowie die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen als Erfüllungsoptionen zur Erreichung des Erneuerbaren-Energien-Ziels am Endenergieverbrauch des Verkehrssektors anzuerkennen. Diese Weichenstellung kann einen Beitrag zum Markthochlauf von erneuerbarem Wasserstoff leisten. Der aktuelle Stillstand in diesem Punkt schafft keine Planungsgrundlage, nicht nur für Wasserstoff, sondern auch für den Einsatz biogener Rohstoffe und die Produktion synthetischer Kraftstoffe.
- Bei der Einführung eines „Nationalen Wasserstoffrats“ zum Monitoring des Erfolgs der Wasserstoffstrategie sollte eine ausgewogene Besetzung aller Sektoren berücksichtigt werden. Dabei gilt es, die Technologieoffenheit stets im Auge zu behalten. Der Wärmesektor sollte mit repräsentiert werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Einführung eines neuen Kontrollgremiums, nachdem es bereits eine „Nationale Organisation Wasserstoff“ gibt.
- Der zielführende übersektorale Ansatz der Wasserstoffstrategie sollte den Wärmebereich von Beginn an einschließen. Von den bisher vorgeschlagenen 35 Maßnahmen bezieht sich bisher nur eine auf den Wärmebereich.
- Zwecks einer effizienten Markteinführung sollte auch auf lokale Lösungen zur Wasserstofferzeugung und bestehende Wasserstoffinseln zurückgegriffen werden, die über Umwidmung der bestehenden Gasinfrastruktur erweitert werden können.

Wasserstoffstrategie grenzüberschreitend vorantreiben

- Gleichzeitig sollte ein EU-weites Marktdesign erarbeitet werden, welches die europäisch vorgegebene Entflechtung von Netzbetrieb und anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung sicherstellt. Ein europäisches Marktdesign ist zudem notwendig, da sich nationale Änderungen der Gaszusammensetzung im europäischen Energiebinnenmarkt auf die Nachbarstaaten auswirken.
- Ziel muss es sein, einen Marktrahmen für die wirtschaftliche Produktion und Abnahme von klimaneutralen Gasen in Europa zu schaffen, in dessen Mittelpunkt neben Fragen der Infrastruktur kombinierte Herkunfts- und Nachhaltigkeitsnachweise für klimaneutrale Gase stehen.
- Da das Produktionspotenzial in Deutschland auf einem „Heimatmarkt“ gegenüber einer steigenden Nachfrage limitiert ist, muss es von Beginn an das Ziel sein, deutsche Wasserstofftechnologien zu exportieren und dadurch Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen zu importieren.
- Statt nur wie in der Wasserstoffstrategie vorgesehen bilaterale Partnerschaften mit potenziellen Exporteuren aufzubauen, sollte eine paneuropäische Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht werden für eine großdimensionierte Belieferung der EU mit klimaneutralem Wasserstoff, anderen synthetischen Gasen bzw. Kraft- und Brennstoffen aus Drittstaaten mit günstigen Bedingungen für erneuerbare Energie. Diese Strategie kann an die energie-, entwicklungs- und handelspolitischen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) anknüpfen.